

BAU-HOLZ

DAS INFOMAGAZIN DER GEWERKSCHAFT BAU-HOLZ

Neue
Websites
Tauernblick
und
Alpenhof
Seite 10

www.bau-holz.at

Arbeitsmarktöffnung: **Lösungen statt Angstmache!**

Jahrgang 109 Ausgabe 01-04/2014

Was ist neu 2014 **Ein Überblick über die wichtigsten Daten**

Neue Sozialversicherungswerte
und rechtliche Bestimmungen

Seite 4

Neue Bundesregierung **Mehr Geld für Arbeit und Familien**

Highlights aus dem Arbeitsüber-
einkommen 2013 bis 2018

Seite 8

Red Bull Ring Spielberg **Unsere Bauarbeiter retten Formel 1 in Österreich**

Dank dem Einsatz unserer Bauarbeiter
dürfen Motorsportfans jubeln

Seite 11

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wir brauchen sichere Arbeitsplätze für unsere BAU-HOLZ Branchen ...

Wir brauchen sichere Arbeitsplätze in unseren Bau-, Holz- und Steinbranchen. Dazu ist aber eine gute Auftragslage notwendig.

Die neue Bundesregierung wird zusätzlich in den Wohnbau investieren und plant die Wiedereinführung der Zweckbindung aller Wohnbaufördermittel. Mehr Geld ist auch für den Hochwasserschutz reserviert und für den Ausbau von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Die österreichischen Tunnelbauprojekte bleiben auf Schiene, zusätzliches Geld erhalten wir dafür von der EU, die sechs Milliarden Euro für österreichische Projekte reserviert hat.

Diese Maßnahmen werden Tausende Arbeitsplätze in unseren Branchen sichern.

Ich selbst war in einigen Untergruppen bei den Regierungsverhandlungen dabei und habe diese Maßnahmen vehement gefordert. Das Programm trägt also auch die Handschrift von uns Bau- und Holzarbeitern!

Die Regierung hat auf unser Drängen auch festgelegt, dass endlich das **Bestbieterstatt dem Billigstbieterprinzip** im Vergaberecht gelten soll. Ein weiteres Ziel lautet: **Für gleiche Arbeit der gleiche Lohn**. So werden in Zukunft in Österreich, im Interesse eines fairen Wettbewerbs, für alle Arbeitnehmer alle Zulagen auf Baustellen und in Betrieben zu bezahlen sein, egal ob Stammarbeiter, Fremdarbeiter oder entsandte Arbeiter. Das ist der Weg, wie man wirklich **gegen Sozialbetrug und Lohndumping** vorgehen muss: Alle Kräfte an einen Tisch holen, Maßnahmen erarbeiten und umsetzen und eine schlagkräftige Kontrolle sichern.

Das sollten sich vor allem all jene Populisten merken, die gerade angesichts der Arbeitsmarkttöffnung für neue EU-Länder wilde Panikmache betreiben, grundlose Ängste schüren und bewusst mit falschen Zahlen agieren. Es geht ihnen dabei ausschließlich um eigene Interessen, parteipol-



litisch zu punkten – und nicht um Österreich (siehe dazu Seiten 6 und 7)!

2014 wählen wir bei den **AK-Wahlen unser Arbeiterparlament** und bestimmen bei der **EU-Wahl am 25. Mai** mit, wie die EU sich entwickeln soll: Wer eine soziale EU will, der darf nicht Populisten oder reine Wirtschaftsvertreter wählen. Es gibt EU-ParlamentarierInnen, die alle Kraft daran setzen, die EU zu einer Sozialunion zu machen und die Arbeitnehmer zu stärken – unterstützen wir sie mit unserer Stimme! Es ist wichtig, wählen zu gehen. Denn es ist nicht egal, wer in der AK (und wer in der EU) unsere Interessen und unser Lebensumfeld mitgestaltet!

Abg. z. NR Josef Muchitsch
GBH-Bundesvorsitzender

Aus dem Inhalt

Was ist neu 2014	SEITE 4
Arbeitsmarkttöffnung: Lösungen statt Angstmache	SEITE 6
Arbeitsübereinkommen der neuen Bundesregierung	SEITE 8
Bauarbeiter retten Formel 1 in Österreich	SEITE 11
UMWELT + BAUEN – eine Erfolgsgeschichte	SEITE 12
Aktuelles aus der GBH	SEITE 16
bahole.at	SEITE 18
Bundesländerreport	SEITE 19

GBH-Newsletter anmelden!
Mail an presse@gbh.at

Laufend Aktuelles rund um deine GBH:
www.bau-holz.at

Gewerkschaft Bau-Holz

Was ist neu 2014? Ein Überblick über

Das neue Jahr bringt immer auch neue Sozialversicherungswerte und rechtliche Bestimmungen. Anbei ein kleiner Überblick über die wichtigsten Fakten, welche auch die BAU-HOLZ Branchen betreffen.

Pensionen

- Ab 2014 benötigt man, um aufgrund der **Korridor pension** in Pension gehen zu können, 38,5 Versicherungsjahre.
- Ab 2014 werden auch die **befristeten Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen** für die Jahrgänge ab 1964 abgeschafft und durch ein sogenanntes Rehabilitations- oder Umschulungsgeld ersetzt.
- Das Antrittsalter für die **Langzeitversicherungsregelung** („Hacklerregelung“) steigt für Männer ab dem Jahrgang 1954 auf 62 und für Frauen des Jahrgangs 1959 auf mindestens 57, für 1960 geborene auf mindestens 58 und für 1961 geborene auf mindestens 59 Jahre.

Überbrückungsgeld für Bauarbeiter

- **ENDLICH!** Bauarbeiter, die nicht bis zum Bezug einer Leistung nach dem ASVG in Beschäftigung bleiben können, werden für die **Überbrückung bis zum Pensionsantritt Überbrückungsgeld** beziehen können.

Pflegekarenz

- Es wurde die Möglichkeit geschaffen, bis zu **drei Monate lang in Pflegekarenz oder in Pflgeteilzeit zu gehen**. Der/die ArbeitgeberIn muss aber zustimmen. Voraussetzung ist mindestens Pflegestufe 3 (bzw. Pflegestufe 1 bei minderjährigen nahen Angehörigen oder an Demenz erkrankten nahen Angehörigen). Während dieser Zeit bestehen ein **Motivkündigungsschutz**, ein

Rechtsanspruch auf das Pflegekarenz geld (in der Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes; bei Pflgeteilzeit aliquot) sowie eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung (beitragsfreie Kranken- und Pensionsversicherung).

Lehrlingsentschädigung

- **Lehrlinge in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen bekommen ab 2014 mehr Geld.**

Die „**Lehrlingsentschädigung**“ (Deckung des Lebensunterhaltes – DLU) für Jugendliche bis 18 Jahre steigt auf 9,80 Euro pro Tag, darüber auf 22,65 Euro.

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsangehörige Bulgariens und Rumäniens

- Ab **1. Jänner 2014** gilt für Arbeitskräfte und für Unternehmen mit Sitz in die-



sen Staaten volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit.

Dienstverhinderung aus anderen wichtigen Gründen im Katastrophenfall für Arbeiter

- Die für ArbeiterInnen geltende Regelung zur Dienstverhinderung aus ande-



Über die wichtigsten Daten und Fakten.



ren wichtigen Verhinderungsgründen ist ab 1. Jänner 2014 im Katastrophenfall **nicht mehr durch Kollektivvertrag abänderbar.**

Arbeitskräfteüberlassung – Gleichstellung bei der Betriebspension

- Überlassene ArbeitnehmerInnen werden ab 1. Jänner 2014 bei der betrieblichen **Altersvorsorge mit den Stammarbeitskräften des Beschäftigerbetriebes gleichgestellt.** Mit dem Beginn des fünften „Überlassungsjahres“ haben sie für die weitere Dauer der Überlassung **Anspruch auf eine Beitragsleistung/Prämienleistung** in die Pensionskasse/die betriebliche Kollektivversicherung, so eine vorhanden ist.

Weitere Neuerungen 2014
www.help.gv.at

Neue Werte 2014

Höchstbeitragsgrundlage:

täglich: 151 Euro
 monatlich: 4.530 Euro
 jährlich für Sonderzahlungen: 9.060 Euro

Geringfügigkeitsgrenze:

täglich: 30,35 Euro
 monatlich: 395,31 Euro

Ausgleichszulagenrichtsatz:

für Alleinstehende: monatlich 857,73 Euro
 wenn der Ehegatte/die Ehegattin im selben Haushalt lebt: monatlich 1.286,03 Euro

Zuverdienstgrenze für Frühpensionisten:

395,31 Euro brutto/Monat

Rezeptgebühr:

5,40 Euro

Selbstkostenbeitrag für Heilbehelfe:

Mindestens 30,20 Euro, für Sehbehelfe 90,60 Euro



Der österreichische Arbeitsmarkt ist nun auch für RumänInnen und BulgarInnen geöffnet

Arbeitsmarktöffnung: Lösung

Der österreichische Arbeitsmarkt ist nun auch für RumänInnen und BulgarInnen geöffnet. Die Auswirkungen sind weit geringer, als Angstmacher uns einreden wollen.

Rund 5.500 Menschen werden in den ersten beiden Jahren zuwandern, das weist eine fundierte Studie nach. PopulistInnen und AngstmacherInnen, allen voran aus der FPÖ, sehen hingegen nach 2011 schon das zweite Mal eine Art Weltuntergang über uns hereinbrechen. Wie 2011, wird dies auch 2014 nicht der Fall sein.

200.000 Polen werden unser Land überschwemmen, zeichnete H.C. Strache im Parlament ein düsteres Bild der Arbeitsmarktöffnung 2011. Die Realität sah zum Glück anders aus: Zwischen 20.000 und 25.000 Personen wanderten – wie in seriösen Prognosen vorausgesagt – zu.

Zum Jahreswechsel 2014 legte sich die FPÖ nicht mehr auf konkrete Zahlen fest, monierte aber wieder: Es kämen Tausende, die Arbeitslosigkeit würde explodieren, die Menschen würden sich in unser Sozialsystem einschleichen.

GBH-Bundesvorsitzender Abg.z.NR Josef Muchitsch: „Die FPÖ treibt hier bewusst ein falsches Spiel. Sie spielt mit der Angst der Menschen um ihren Arbeitsplatz, um ihre soziale Sicherheit. Nicht zuletzt wir GewerkschafterInnen haben es geschafft, die Übergangsfristen für die Arbeitsmarktöffnungen bis zum letztmöglichen Termin auszuweiten – nicht aus Ausländerfeindlichkeit, sondern weil wir unseren Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen vorbereiten wollten. Wir haben Maßnahmen gesetzt, um Sozialbetrug zu bekämpfen. Niemand kann sich ohne Job in unser Sozialsystem einschleichen. Die Arbeitsmarktöffnung hat zur Folge, dass viele bislang illegale Arbeitsverhältnisse von Menschen, die schon seit 2007 zugewandert sind, jetzt legalisiert werden – das nimmt auch viel Lohndruck. Wenn es Probleme gibt: Reden wir darüber und suchen wir gemeinsam Lösungen – das ist der richtige Weg! Wer nur polemisiert und mit

falschen Zahlen Angstmacherei betreibt, ist nicht an eine besseren Lebenssituation für die ÖsterreicherInnen interessiert, sondern nur an eigener Macht und Wahlergebnissen – jetzt gerade in Hinblick auf die AK- und die EU-Wahl!“

In der Sozialbetrugsbekämpfung müssen die Maßnahmen laufend den Erfordernissen angepasst werden.

Im Regierungsprogramm ist einerseits eine Evaluierung und weitere Verschärfung des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes verankert, andererseits soll im Vergaberecht endlich das Best- statt dem Billigstbieterprinzip umgesetzt werden.

Muchitsch: **„Jetzt geht es um den politischen Willen aller Parteien, das auch rasch umzusetzen. Wir werden sehen, ob die Opposition diese vernünftigen Maßnahmen mitträgt.“**



► **Die FPÖ treibt hier bewusst ein falsches Spiel. Sie spielt mit der Angst der Menschen um ihren Arbeitsplatz, um ihre soziale Sicherheit. Nicht zuletzt wir GewerkschafterInnen haben es geschafft, die Übergangsfristen für die Arbeitsmarktöffnungen bis zum letztmöglichen Termin auszuweiten.**

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

Mit der Kampagne „**BAU auf A!**“ zeigt deine Gewerkschaft bereits **seit 2010 Lösungen im Zusammenhang mit der Dienstnehmerfreizügigkeit** in Österreich auf!

GBH: Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping müssen laufend angepasst werden

Gen statt reiner Angstmache ...

Mit wievielen **ZuwanderInnen ist zu rechnen?**

- Eine Studie des **Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)** - in Kooperation mit dem **Institut für Höhere Studien (IHS)** - im Auftrag des Arbeits- und des Wirtschaftsministeriums kommt zu dem Ergebnis, dass die Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung marginal sein werden. **Ein erheblicher Teil der Migration aus Bulgarien und Rumänien nach Österreich hat bereits in den Jahren 2007 bis 2013 stattgefunden.** Das Auslaufen der Übergangsfristen wird einen **zusätzlichen Zustrom von jährlich rund 5.500 Personen** - davon drei Viertel aus Rumänien und ein Viertel aus Bulgarien - in den ersten beiden Jahren bedingen.
- **Geringe Folgewirkungen auf die Gesamtwirtschaft:** Die Beschäftigung wird um 0,18 % bzw. 0,28 % steigen und die Arbeitslosenquote wird sich um rund 0,03 % in beiden Jahren erhöhen.
- Insgesamt waren **2013 im Jahresdurchschnitt 28.721 BulgarInnen und RumänInnen** (plus 2.390 bzw. 9,1 % im Vorjahrsvergleich) in Österreich beschäftigt, **arbeitslos waren 2013 im Jahresdurchschnitt 3.853** (Arbeitslosenquote 11,8 %)
- Aus den **EU-10** (also den Beitrittsländern 2004) waren im Jahresdurchschnitt 2013 **insgesamt 136.410** (+ 20.106, + 17,3 % im Vergleich zum Vorjahr) beschäftigt, 10.197 Personen aus diesen Ländern waren im Jahresdurchschnitt 2013 arbeitslos gemeldet, was einer Arbeitslosenquote von 8,4 % entspricht.
- **Den insgesamt größten Anstieg an ausländischem Arbeitskräftepotential und ausländischen Beschäftigten hatten wir 1990 und 1991 (mit je rund + 50.000 Beschäftigten).**

Quelle: BMASK

Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz

Kontrollen und Strafen*

- Die **BUAK** führte bei **10.568 Baustellen mit 16.644 Firmen** (14.256 ausländische Firmen) und mit **62.786 AN** Lohnkontrollen durch.
- Die **Finanzpolizei** hat **81.134 Betriebe** (davon 1.909 Entsendungs- und Überlassungsbetriebe) und dabei **173.343 AN** (davon sind 89.535 aus dem Ausland) kontrolliert. Die Kontrollen bezogen sich nicht nur auf Unterentlohnung, sondern auch auf andere Zuständigkeitsbereiche der Finanzpolizei (z. B. Steueraufsicht, Bekämpfung Steuerbetrug, illegale Beschäftigung).
- **Verdacht auf Unterentlohnung** ergab sich bei **1.197 Firmen**, davon **betroffen 5.066 AN** - davon sind **562 ausländische Firmen und 3.167 ausländische Arbeitnehmer**.
- **574 Anzeigen wegen Unterentlohnung** sind erfolgt - davon **333 Auslandsfälle**. Die Summe beträgt 13.710.823 Euro. Verhängt wurden Strafen von 4.534.850 Euro, wobei 144 Bescheide (Strafsumme von 2.309.050 Euro) rechtskräftig sind. 131 Bescheide mit einer Strafsumme von 2.225.800 Euro sind noch nicht rechtskräftig.
- **212 Strafen wegen Nichtbereithaltung von Lohnunterlagen** bzw. **17 Strafen wegen Verweigerung der Einsichtnahme in Lohnunterlagen** wurden rechtskräftig ausgesprochen (Strafhöhe 233.970 Euro).
- **6 Strafen wegen Vereitelung der FinPol-Kontrolle** wurden rechtskräftig ausgesprochen (Höhe 7.350 Euro).
- **13 rechtskräftige Untersagungen der Dienstleistung** in Österreich wurden verhängt.

*Zahlen: Stand Ende 10/2013, Quelle: BMASK

INFOBOX

Kann man nach Österreich einfach so ins Sozialsystem zuwandern?

Nein, auch EU- bzw. EWR-AusländerInnen brauchen eine Bestätigung über ihren rechtmäßigen Aufenthalt, die so genannte Anmeldebescheinigung!

Sie müssen nachweisen, dass sie entweder einen Job in Österreich haben, oder dass sie über Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel verfügen und keine Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen müssen. Erst dann bekommen sie die Anmeldebescheinigung. In den ersten 10 Monaten des Jahres 2013 wurden 96 EU-/EWR-BürgerInnen ausgewiesen, weil sie die Kriterien nicht erfüllen konnten.

Quelle: BMASK

Arbeitsübereinkommen 2013 bis 2018 der neuen Bundesregierung

Neue Bundesregierung: Me

Stabilität signalisiert das Arbeitsprogramm 2013 bis 2018 der Bundesregierung. In vielen Vorhaben ist auch die Handschrift der Gewerkschaft Bau-Holz bzw. der Nachhaltigkeitsinitiative UMWELT + BAUEN erkennbar. Es wird mehr Geld für Jobs und Familien geben. Ein „großer Wurf“ kann das Programm aber nur werden, wenn die Bundesländer ihren Beitrag dazu leisten.

Highlights: Bundesregierung NEU

- **Hochwasserschutzmaßnahmen** (460 Mio. Euro)
- Ausbau **schulische Tagesbetreuung** (400 Mio. Euro)
- Ausbau **Kinderbetreuungseinrichtungen** (350 Mio. Euro)
- **Forschungsförderung** (300 Mio. Euro)
- **Wohnbau** (zusätzlich 276 Mio. Euro)
 - Fördermöglichkeiten für **senioren-gerechte und thermische Sanierungen**
 - **Senkung der Baukosten** im Bereich der Normen und Richtlinien
 - **Keine Mietvertragsgebühren** bei unter 35-jährigen
 - **48.000 neue Wohneinheiten pro Jahr** Förderung mit Schwerpunkt auf Ballungsräume
 - **Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung und deren Rückflüsse** im Rahmen des Finanzausgleichs. Dazu müssen jedoch die Länder auch zu ihren Versprechungen vor der Nationalratswahl zu leistbarem Wohnen stehen.
- **Maßnahmen für Infrastruktur** Straße, Schiene, Siedlungswasserbau
- **Handwerkerbonus** Dienstleistungen bis zu einem Betrag von 6.000 Euro können steuerlich abgesetzt werden.
- An den **Tunnelprojekten** Semmering, Koralm und Brenner wird festgehalten. Dadurch werden auch zusätzliche Arbeitsplätze in den Regionen geschaffen.
- **Bundesvergabegesetz:** Best- vor Billigstbieterprinzip
- Verstärkte Maßnahmen **gegen Lohn- und Sozialdumping**
- Maßnahmen **gegen Scheinmeldungen**
- **Pensionen**
 - Das **tatsächliche Pensionsantrittsalter bei den ASVG-Versicherten** (Arbeiter, Angestellte), Bauern und Selbstständigen soll bis 2018 von 58,4 auf 60,1 Jahre angehoben werden.
 - **Bonus-Malus-System** für Firmen ab 25 Mitarbeitern schafft Anreize, ältere Mitarbeiter einzustellen bzw. in Beschäftigung zu halten
- **Teilpension ab 62** für ältere ArbeitnehmerInnen, die bei reduzierter Arbeitszeit länger arbeiten wollen, soll eingeführt werden.
- **Pensionsbonus** bei längerem Arbeiten (Männer 65, Frauen 60)
- **Kostenübernahme für Zahnspangen und Mundhygiene** für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre
- In Spitälern **entfällt der Kostenbeitrag /Selbstbehalt für Kinder**
- Erhöhung der **Familienbeihilfe**
- Gesetzlicher **Anspruch bzw. Recht auf eine Ausbildung bis 18 Jahre**
- **Zweites kostenfreies Kindergartenjahr** für 4- bis 5-Jährige
- **Senkung Eingangssteuersatz** von 36,5 auf 25 Prozent
- **Pflegegeld und 24h-Pflege** (310 Mio. Euro)
- **Pflegefonds-Verlängerung 2017 und 2018** (700 Mio. Euro)

**Ausgewogene Budgetkonsolidierung**

- 50 Prozent kommen vom Schließen von Steuerschlupflöchern, der Steuerbetrugsbekämpfung und der Anpassung bei vermögens- und verhaltensbezogenen Steuern
- 32 Prozent der Einsparungen kommen direkt aus der Verwaltung und den Förderungen
- 13 Prozent kommen aus dem Bereich der Pensionen und Luxus pensionen
- Keine Massenbelastungen (z. B. durch Mehrwertsteuererhöhung)

Viele Forderungen der Gewerkschaft Bau-Holz haben Eingang ins Arbeitsübereinkommen gefunden

Mehr Geld für Jobs und Familien!

► Zur Realisierung und für einen „großen Wurf“ ist auch ein echter Reformwille der Länder gefragt!

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

Da haben sich **die Gewerkschaften durchgesetzt!**

Kampf gegen Arbeitslosigkeit – aktive Arbeitsmarktpolitik

- Bonus/Malus-System für Unternehmen schafft Anreize, ältere Mitarbeiter einzustellen bzw. in Beschäftigung zu halten
- **Ausbildungsverpflichtung bzw. Recht auf Ausbildung** für Jugendliche unter 18
- Zugang zu **erhöhtem Urlaubsanspruch** wird für alle erleichtert
- **Einschränkung von unfairen Vertragsklauseln** (z. B.: KonkurrenzklauseIn)

Steuerreform auf Schiene

- bis Ende 2014 Reformpfad, bis Ende 2015 Umsetzung
- **Senkung des Eingangssteuersatzes** von 36,5 auf 25 Prozent
- Abflachung der **steuerlichen Progression**

Mehr Gerechtigkeit

- 430 Mio. Euro durch **Schließen von Steuerschlupflöchern**
- **Kampf gegen Steuerbetrug** wird forciert
- **Verlängerung der Solidarabgabe** für Topverdiener
- **Nichtabzugsfähigkeit von Managergehältern** über 500.000 Euro

Investitionen in die Bildung

- **Zweites kostenfreies Kindergartenjahr** für 4- bis 5-Jährige
- **Ausbau der Kinderbetreuung** durch Bundesmittel in den nächsten 4 Jahren mit 350 Millionen Euro
- **Ausbau schulische Tagesbetreuung** 400 Mio. Euro
- **Flächendeckend verpflichtendes Ganztagesangebot** an Schulen

Bessere Vereinbarkeit Beruf & Familie

- **Erhöhung der Familienbeihilfe**

- **Karenzmanagement-Initiativen**, Ausbau der betrieblichen Kinderbetreuung, Maßnahmen zur Förderung der Väterbeteiligung

Wohnbauoffensive

- **276 Mio. Euro für 48.000 neue Wohnungen** (vorrangig Ballungsräume)
- **Mietrechtsreform**
- **Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel** und deren Rückflüsse im Rahmen des Finanzausgleichs



Detail-Information zum Arbeitsübereinkommen 2013 bis 2018 bzw. unsere Forderungen, welche ins Übereinkommen übernommen wurden, findest du unter ...

www.bau-holz.at

► Jetzt geht's darum, darauf zu achten, dass die Maßnahmen aus dem Arbeitsübereinkommen auch umgesetzt werden.

Andreas Huss, MBA, Leitender Sekretär der Gewerkschaft Bau-Holz

Mitten in den Alpen. Urlaub erleben!



SCHNEESPASS ODER WELLNESSVERGNÜGEN

22. bis 30. März 2014

4 o. 7 ÜN mit Halbpension,
Panoramahallenbad,
großzügige Wellnessoase,
alle Steuern und Abgaben

Preis pro Person inkl.
3- oder 6-Tageskipass oder
Massagepaket für Mitglieder
der Gewerkschaft Bau-Holz:

ab **258,-^{EUR}**

www.kirchberg-alpenhof.at



Noch besser informiert! Mit den neuen Hotel-Websites!

Ab sofort sind die neuen Websites unserer Hotels Alpenhof und Tauernblick online und informieren dich noch schneller und einfacher über alle Angebote und Neuigkeiten.

Mit wenigen Klicks kannst du nun auch online deinen Urlaub in Kirchberg oder Schladming buchen - natürlich zum Vorteilspreis für GBH-Mitglieder.

Besuche uns auf www.kirchberg-alpenhof.at und www.hotel-tauernblick.at und erfahre mehr!

Im Urlaub ankommen. Zu Hause fühlen!



SKIFAHREN AUF DER 4-BERGE SKISCHAUKEL

23. bis 29. März 2014

6 ÜN mit Halbpension,
Wellnessoase,
alle Steuern und Abgaben

Skipass für 5 Tage: EUR 194,-

Preis pro Person exkl. Skipass
für Mitglieder der Gewerk-
schaft Bau-Holz:

408,-^{EUR}

www.hotel-tauernblick.at



Österreichische Motorsportfans können Dank unserer Bauarbeiter jubeln

Bauarbeiter retten Formel 1!

Österreichische Motorsportfans können aufatmen: Die Formel 1 kehrt zurück nach Spielberg, ins steirische Oberland – der Motorhit ist jetzt schon ausverkauft. Dass dies nur durch einen Kraftakt der GBH und der Bauarbeiter möglich war, wissen jedoch die wenigsten.



► Der Grand Prix ist ein wichtiger Impuls mit einer Wertschöpfung von bis zu 100 Millionen Euro. Trotzdem darf dafür die Gesundheit von Arbeitern nicht in Gefahr sein. Immerhin passieren zwei Drittel der Arbeitsunfälle nach der 8. Stunde Normalarbeitszeit. Bei Arbeiten auf `Teufel komm raus!´ sind wir als Gewerkschaft nicht dabei! Aber wir sind Garant dafür, dass es gangbare Lösungen gibt, die den Arbeitern nicht schaden und gleichzeitig Großprojekte nicht gefährden.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

INFOBOX

Derzeit arbeiten 120 Arbeiter auf der Baustelle – bis zur Fertigstellung werden dies knapp 500 sein. Nicht eingerechnet sind dabei die Arbeiter von den Zuliefererfirmen mit zwischen 150 bis 300 in der Endphase. Investitionsvolumen: 45 Millionen Euro.

Die Bauarbeiten laufen auf Grund eines vorgezogenen Renntermins am 22. Juni 2014 bereits so auf Hochtouren, dass das Arbeitsinspektorat die Notbremse ziehen musste: die gesetzlichen Ruhezeiten für die Arbeiter konnten nicht mehr eingehalten werden. Was hohe Strafen nach sich ziehen oder gar die Baueinstellung bedeuten hätte können. Eine internationale Blamage, Millionenschaden für Region, Land und Republik.

Die Bau-Sozialpartner wurden kontaktiert und fanden nach intensiven Verhandlungen eine Lösung. Ausschließlich für die Arbeiten am Red Bull-Ring wurde ein so genannter Arbeitszeit-Dekadenvertrag unterschrieben. Es werden zusätzliche Arbeitskräfte eingesetzt, Ruhezeiten geregelt verteilt, die durchschnittliche Arbeitszeit darf im Schnitt maximal 48 Stunden pro Woche betragen.



Mittlerweile 16 überparteiliche Institutionen „ziehen an einem Strang“

UMWELT + BAUEN: Eine Erf

UMWELT + BAUEN – seit 2010 hat sich auf Initiative der Bau-Sozialpartner unter diesem Namen eine wachsende Gruppe maßgeblicher „Player“ und ExpertInnen zusammengefunden, die es geschafft hat, die Themen leistbares Wohnen, Infrastrukturausbau und sinnvolle Nutzung der Umweltressourcen in den Köpfen der politisch Verantwortlichen zu verankern.

Am 11. Februar wurde die Initiative als Best-Practice-Beispiel funktionierender Sozialpartnerschaft in Form von 3 Veranstaltungen in Brüssel präsentiert.

Es ist wirklich etwas Neues: Die Bau-Sozialpartner schlossen sich 2008 zusammen, um gemeinsam mehr für die Bauwirtschaft samt vor- und nachgelagerten Bereichen und für deren ArbeitnehmerInnen zu erreichen.

Mittlerweile finden sich in der Plattform **UMWELT + BAUEN** 16 Institutionen und ein hochkarätiger wissenschaftlicher Beirat, zahlreiche der vorgeschlagenen Maßnahmen wurden umgesetzt oder sind Teil des aktuellen Regierungsprogrammes.

Damit wurden und werden Tausende Arbeitsplätze in den Bau-, Holz- und Steinbranchen, aber auch in zahlreichen anderen Bereichen geschaffen und gesichert.

Am 11. Februar wurde dieses Erfolgsprojekt als Best-Practice-Beispiel der EU in Brüssel präsentiert.

GBH-Bundesvorsitzender Josef Muchitsch, Sprecher der Initiative **UMWELT + BAUEN**: „Wir sind sehr stolz und betrachten diese Einladung nach Brüssel als Anerkennung unserer erfolgreichen Arbeit. Wir tragen dazu bei, dass Österreich die Krise besser meistert als mancher andere. Wenn andere in Europa das auch wollen, geben wir unsere Erfahrungen natürlich gerne weiter!“

Nähere Infos zur
Nachhaltigkeitsinitiative:
www.umwelt-bauen.at

Highlights & Erfolge!

Investitionen in die Gebäudesanierung – wie die Einführung und Verlängerung (bis 2016) des Bundessanierungsschecks – oder das Bewusstsein für leistbares Wohnen bei Verantwortlichen zu wecken, sind nur einige Erfolge der Initiative.

Die **Parlamentsenquete „Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Bauen und Wohnen“** 2011 war die erfolgreichste der 2. Republik

Gründung eines eigenen **wissenschaftlichen Beirats „UMWELT + BAUEN“**

Strategiepapier WOHNEN 2020

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse der Menschen und von großem gesellschaftspolitischen Interesse, wenn es um die Wohnkosten geht. Wohnen muss wieder leistbar und oberste Priorität für die Politik werden. Dass die Hälfte des Haushaltseinkommens bei 25 Prozent der österreichischen Haushalte allein für Wohnen aufgebracht werden muss, ist untragbar. Im Auftrag des Wirtschaftsministers erarbeiteten die **UMWELT + BAUEN**-ExpertInnen daher das Strategiepapier „WOHNEN 2020“. Nur dank dieser Initiative ist es gelungen, dass „leistbares Wohnen“ zum Thema Nr. 1 geworden ist.

UMWELT + BAUEN Positionspapier „Zukunftsinvestitionen in Wohnen, Infrastruktur und Umwelt“ für die Koalitionsverhandlungen 2013

Viele Forderungen der Nachhaltigkeitsinitiative finden sich im Arbeitsprogramm 2013 bis 2018 der Bundesregierung wieder.

- **Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung** inkl. aller Rückflüsse
- **Handwerkerbonus**
- **48.000 Wohneinheiten jährlich.** Schwerpunkt: geförderte Mietwohnungen in Ballungsräumen
- **Getrennte Fördermöglichkeiten für seniorengerechte und thermische Sanierungen**
- **Senkung der Baukosten** im Bereich der Normen und Richtlinien
- **Maßnahmen für Infrastruktur** wie z. B.: Straße, Schiene, Siedlungswasserbau, Hochwasserschutz
- **Best- vor Billigstbieterprinzip**
- **Maßnahmen gegen Scheinanmeldungen**

UMWELT + BAUEN wurde als Best-Practice-Beispiel in Brüssel präsentiert.

Downloads: www.umwelt-bauen.at

folsgeschichte der GBH ...

▶ **Die Gewerkschaft Bau-Holz ist zwar eine der ältesten Gewerkschaften, im Denken und Handeln zählen wir aber zu den Modernsten.** **Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender**



*Nationalrat Josef Muchitsch, Chef der Gewerkschaft Bau-Holz und Sprecher der Initiative **UMWELT + BAUEN**, über die nicht immer einfache, aber sehr interessante Zusammenarbeit in dieser vielfältigen Gruppe.*

Das Interview führte Bernd Affenzeller vom BAUReport.

Manchmal muss man **das Lasso auspacken!**

Bernd Affenzeller: Im aktuellen Koalitions-papier finden sich viele Forderungen der GBH und von **UMWELT + BAUEN** wieder. Vor allem der Bereich „Leistbares Wohnen“ ist sehr eng an das Positionspapier der Initiative **UMWELT + BAUEN** angelehnt. Wie stolz macht es, dass die Politik den Empfehlungen der Initiative zu folgen scheint?

Josef Muchitsch: Ich bin sehr zufrieden, dass die überparteiliche Arbeit der letzten Jahre jetzt zu so einem positiven Ergebnis geführt hat und sich viele Positionen im Arbeitsprogramm der Bundesregierung wiederfinden. Ich kenne kein Regierungsprogramm, das je so viele sozialpartnerschaftliche Vorschläge aufgegriffen hat wie das Papier der neuen Regierung. Wichtig war, dass wir in den letzten Jahren immer wieder den Kontakt zu Mitgliedern der Bun-

desregierung gesucht und gefunden haben.

Affenzeller: Wie wichtig ist es, dass hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam auftreten und so deutlich an einem Strang ziehen?

Muchitsch: Wir sind zwar eine der ältesten Gewerkschaften, aber im Denken und Handeln zählen wir sicher zu den Modernsten. Wir haben uns verabschiedet vom Klassenkampf mit Trillerpfeifen und Transparenten. Wir gehen davon aus, dass vernünftige Menschen bei gemeinsamen Zielen auch gemeinsame Wege und Lösungen finden. Auch wenn es unterschiedliche Interessen gibt, kann auf Krawalle verzichtet werden, wenn sich Menschen gegenüber sitzen, die die Grenzen des Anderen kennen. Bis auf

ganz wenige Ausnahmen gelingt dieses Konzept sehr gut.

Affenzeller: Die Initiative hat 16 Mitglieder, deren Interessen sich nicht immer decken. Wie schwierig ist es, alle dazu zu bringen, an einem Strang zu ziehen?

Muchitsch: Das ist nicht immer einfach, entsprechend wichtig ist die Kommunikation. Natürlich gibt es unterschiedliche Standpunkte, die gilt es zu erörtern und Kompromisse zu finden. Denn am Ende des Tages muss immer die gemeinsame Lösung stehen. Sonst hat eine Gruppierung wie **UMWELT + BAUEN** keinen Sinn. Aber natürlich ist es ab und zu nötig, das Lasso auszupacken und einzelne Mitglieder wieder einzufangen, damit niemand die Herde verlässt (lacht).

UMWELT + BAUEN sichert und schafft Arbeitsplätze für unsere BAU-HOLZ Beschäftigten

UMWELT + BAUEN: Best-Pr

Große Aufmerksamkeit errang die Nachhaltigkeitsinitiative **UMWELT + BAUEN** bei einer Präsentation in Brüssel. Der Vorsitzende der Baugewerkschaft, Nationalrat Josef Muchitsch, BIM Hans-Werner Frömmel und Obmann-Stv. der Stein-Keramischen Industrie Mag. Robert Schmid stellten einem großen internationalen Publikum die Initiative vor. **UMWELT + BAUEN** hat mit seinen realisier- und finanzierbaren Konzepten maßgeblich dazu beigetragen, dass der Bausektor halbwegs gut durch die Krise seit 2009 gekommen ist.



Prominente Zuhörer und Befürworter von UMWELT + BAUEN auf EU-Ebene gab es mit den EU-Parlamentariern Othmar Karas (ÖVP), Karin Kadenbach (SPÖ) und Jörg Leichtfried (SPÖ) auch bei der Lunch-Debatte im EU-Parlament.



Höhepunkt war sicher die Podiumsdiskussion in der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Brüssel. Höhepunkt war sicher die Podiumsdiskussion in der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Brüssel. Höhepunkt war sicher die Podiumsdiskussion in der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Brüssel. Höhepunkt war sicher die Podiumsdiskussion in der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Brüssel.

▶ **Europa braucht einen Kurswechsel hin zu Wachstum und Beschäftigung. Während Kanada oder Australien wesentlich höhere Investitionsraten von bis zu 30 Prozent aufweisen, droht Europa den Anschluss durch eine restriktive Wirtschaftspolitik zu verlieren. Das europäische Bauvolumen wird laut Prognosen des Bauforschungsnetzwerks Euro Construct 2014 nur um 0,9 Prozent zunehmen. Das ist zu wenig, deshalb sind Maßnahmen zur Ankurbelung der Baukonjunktur notwendig. Solche hat UMWELT + BAUEN konzipiert und damit bereits große Erfolge erzielt.**

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender



Bei drei Veranstaltungen wurde UMWELT + BAUEN in Brüssel erfolgreich präsentiert

Practice-Beispiel für **Europa** ...

Mit Erstaunen vernahmen ExpertInnen diverser EU-Institutionen und anderer EU-Staaten, dass Wirtschaft und Gewerkschaft in Österreich so eng zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeiten. Auch die EU-Abgeordneten Evelyn Regner, Jörg Leichtfried, Karin Kadenbach (SPÖ), Othmar Karas und Paul Rübzig (ÖVP) sowie die Generalsekretärin des EU-Gewerkschaftsbundes Bernadette Segol und Ulrich Paetzold vom europäischen Bauverband waren dabei. Nun soll dieses österreichische Beispiel europaweit propagiert werden.



Präsentation Österreichs in Brüssel. V. l. n. r. Mag. Robert Schmid (Steinerwerk) und die EU-Abgeordneten Eveline Regner und Paul Rübzig

► **Wir brauchen in Europa mutige Investitionen in Infrastrukturprojekte, um Beschäftigung zu schaffen. Ein Wachstum unter 1,5 Prozent bedeutet Stillstand und sichert und schafft so keine Arbeitsplätze.**

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender



Dank dem ÖGB-EU-Büro gab es einen tollen reibungslosen Ablauf bei allen drei Veranstaltungen in Brüssel



Auch Bernadette Segol war begeistert von UMWELT + BAUEN und hofft auf „Nachahmer“ auf EU-Ebene



Parallel zur Präsentation besuchte auch der GBH-Landesvorstand Steiermark die EU-Hauptstadt Brüssel. Am Foto mit dem steirischen EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried

Aktuelles rund um deine

Land Burgenland will heimische Baubranche stärken!



Unter dem Motto „Wir bauen burgenländisch“ soll es stärkere Unterstützung für die regionale Wirtschaft geben.

Das Burgenland will mit einer in Österreich einmaligen Initiative zur Auftragsvergabe an heimische Betriebe die regionale Baubranche ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Das Burgenland ist das erste Bundesland, das sämtliche Möglichkeiten ausschöpft, regional zu vergeben, und hat damit Vorbildwirkung. Auch die neue Bundesregierung hat sich dazu im Arbeitsprogramm 2013–2018 mit Best- vor Billigstbieterprinzip, Steigerung der Beschäftigung mit Ziel der Vollbeschäftigung mittels überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum in Österreich und fairen Spielregeln für den Wettbewerb klare Ziele gesetzt.“



LH Hans Niessl präsentiert „Wir bauen burgenländisch“ gemeinsam mit den Bausozialpartnern BIM Hans Werner Frömmel und GBH-BV Abg z. NR Josef Muchitsch

Baustoffherzeuger unterstützen in Not geratene BauarbeiterInnen

Baustoff- und Bauelemente-Erzeuger aus unterschiedlichsten Bereichen haben über die letzten 5 Jahre in Kooperation mit der Donau Universität Krems (Department für Bauen und Umwelt) Lösungen für zukünftiges Bauen entwickelt. Nun wurde im Zuge des Projektabschlusses der Verein der Unternehmenspartner aufgelöst – mit einem erfreulichen Plus. **Die beteiligten Unternehmen haben sich in der Folge geeinigt, den Betrag von 2.800**

Euro dem „Unterstützungsfonds der Gewerkschaft Bau-Holz für in Not geratene BauarbeiterInnen“ zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende des Fonds, GBH-BV Josef Muchitsch, nahm den Betrag von Gernot Brandweiner, GF des Verbandes Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke (VÖB) und Vorsitzender des Vereins der Unternehmenspartner, entgegen.

Hotel Tauernblick:

Sicherheit wird bei uns großgeschrieben!

Großes Augenmerk wird im Hotel Tauernblick des Sozialwerks BAU-HOLZ in Schladming auf die Sicherheit der Gäste und Mitarbeiter gelegt. Damit nichts passiert, wenn einmal etwas passiert, absolvierten sämtliche MitarbeiterInnen des Hotels in insgesamt 27 Stunden eine umfassende Sicherheitsschulung, die einen vollen Erste-Hilfe-Kurs, das Verhalten und Evakuieren im Brandfall, das Retten aus dem Lift und Hygieneschulungen umfasste.

Hoteldirektor Siegfried Harrer: „Alle waren mit Begeisterung und großem Einsatz dabei. Wir werden all diese Schulungen jährlich auffrischen, damit sich unsere Gäste auch weiterhin mit Sicherheit bei uns wohlfühlen.“

e Gewerkschaft Bau-Holz!



Muchitsch bei Puls 4: **Es darf nicht sein, dass nur die „Billigsten“ genommen werden!**

Puls 4 „Pro/Contra“ Diskussion zum Thema Arbeitsmarktöffnung: GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch war als Experte mit dabei!

Heiße Diskussionen im Puls 4-Fernsehen: In „Pro & Contra“ ging es um die Arbeitsmarktöffnung für Rumänien und Bulgarien.

GBH-BV Josef Muchitsch stellte die Vermutungen des ehemaligen Staatsoperndirektors Ioan Holender richtig, es würden eben die Besten aus dem Ausland geholt. Muchitsch: „Derzeit werden nur die günstigsten Bauarbeiter geholt, nicht die Besten!“

Deshalb müssen wir bei den Ausschreibungen ansetzen, damit Aufträge an heimische Unternehmen mit heimischen Beschäftigten vergeben werden können. Wir haben derzeit 79.000 arbeitslose Bauarbeiter verschiedener Herkunft, die in Österreich leben und hier ihre Abgaben zahlen: Die müssen wir in Beschäftigung bringen!“

Internationale Baugewerkschaft: **Muchitsch einstimmig in den Weltrat gewählt**

Beim Weltkongress der internationalen Bau- und Holzarbeitergewerkschaften (BHI) in Bangkok wurde der Chef der österreichischen Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) Abg.z.NR Josef Muchitsch von 860 Delegierten aus 133 Ländern mit 100 Prozent in den 30-köpfigen Weltrat gewählt. Muchitsch: „Wenn sich die Gewerkschaften nicht stärker verbünden und gegen multinationale Großkonzerne und neoliberale Politik auftreten, wird es weltweit weiterhin soziale Rückschritte statt Fortschritte geben!“

Reinschauen lohnt sich!

Laufend aktuelle Informationen rund um deine **Gewerkschaft Bau-Holz** findest du auf unserer Webpage: www.bau-holz.at!

mediales „Schaufenster“

Brutto oder Netto? „Ehrlicher“ Journalismus ...

... sieht meiner Meinung nach anders aus!

Journalisten brauchen Schlagzeilen. Die meisten recherchieren dafür auch sehr gründlich, um interessante Stories zu veröffentlichen. „Schwarze Schafe“ stellen ihren Interviewpartnern aber Fallen.

In so eine „Falle“ tappte anscheinend auch Eugen Freund – designierter Spitzenkandidat der SPÖ für die EU-Wahl. Dabei ging es um seine Schätzung, dass ein Arbeiter 3.000 Euro brutto verdient – was für gut ausgebildete Facharbeiter mit Zulagen

brutto durchaus zutrifft. Mehr hat es nicht gebraucht: Es sind nur 1.616 Euro mit dem Beisatz „netto“ jaulten manche JournalistInnen auf. **Brutto? Netto?**

Da gibt's doch, „dank“ der hohen Besteuerung der Einkommen in Österreich, gehörige Unterschiede! Hätte man hier Brutto mit Brutto verglichen, wäre das sicherlich nicht einmal eine Kurzmeldung wert gewesen! Leider nein!

Vielmehr wurden von den Medien Äpfel mit Birnen verglichen, um künstliche Aufregung erzeugen zu können und um eine

Story zu bekommen. Sogar wir bekommen Anfragen, in den Chor der hämischen Kommentare einzustimmen. Das tun wir nicht, weil wir die Fairness hochhalten.

Eugen Freund war über viele Jahre Österreichs Auslandsjournalist Nr. 1 und will nun seine Erfahrungen zu Gunsten der Österreicher in der EU einbringen – geben wir ihm diese Chance!

Ich denke, er hat es sich verdient.

Thomas TRABI, M.A.
Gewerkschaft Bau-Holz PRESSE



Jugendkonferenzen

Fairplay statt Foulspiel – auch in der Arbeitswelt!

Regionaljugendkonferenz Mitte voller Erfolg!

Die GBH-Landesorganisationen Kärnten, Steiermark und Oberösterreich hielten am 24. und 25. Jänner ihre gemeinsame Jugendkonferenz im Bildungshaus der AK Steiermark (OMAK) ab.

Mit 50 TeilnehmerInnen war die Veranstaltung gut besucht und die Stimmung unter den Jugendlichen hervorragend.

„Fairplay statt Foulspiel – auch in der Arbeitswelt!“, ist die Botschaft der Jugendlichen – die bei der Konferenz erarbeiteten Forderungen werden bei der GBH-Bundesjugendkonferenz im Mai als Anträge eingebracht und weiter behandelt.

In jedem Bundesland wurde ein Landesjugendteam gewählt.

Alle Teams wurden mit großer Mehrheit ausgestattet und werden die Landesjugendarbeit der nächsten Jahre lenken und leiten.

GBH-Bundesjugendsekretär Stefan Bartl: „Ich gratuliere recht herzlich und hoffe auf gute und spannende Zusammenarbeit.“



Muchitsch fordert: Mehr Mut zu Vergaben an heimische Betriebe

Steuergeld muss im Land bleiben!

Aktuell wird in Wien das Doppelbudget für 2014 und 2015 verhandelt. Bereits im Budgetprovisorium 2014 wurden im Parlament zusätzliche Offensivmaßnahmen für Wohnungsneubau, Wasserschutzbauten, Betreuungseinrichtungen für Kinder und Senioren sowie der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Ankurbelung unserer Wirtschaft und der Beschäftigung beschlossen.



► **Jetzt geht es darum, dass die zusätzlichen Bauinvestitionen auch dort ankommen, wo sie benötigt werden – nämlich bei den heimischen Unternehmen und unseren Beschäftigten in Österreich. Anders können wir die hohe Arbeitslosigkeit in Österreich nicht in den Griff bekommen.**

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

Abg. z. NR Josef Muchitsch, Chef der Bauergewerkschaft: „Leider ziehen dunkle Wolken bei den Auftragsvergaben auf. Wenn die ausschreibenden Stellen und Auftraggeber nicht endlich mehr Mut für rechtskonforme Vergaben an heimische Betriebe aufbringen, wird dieses Geld leider ins Ausland abwandern und nicht bei unseren Beschäftigten in Österreich ankommen.“

Steirische Firmen bekommen immer weniger Aufträge, weil sowohl inländische wie auch ausländische Firmen mit billigem Fremdpersonal aus dem Ausland, aufgrund der geringeren Lohnnebenkosten in deren Herkunftsland, den Zuschlag bekommen.

Muchitsch: „Dadurch ist die Arbeitslosigkeit größtenteils ‚hausgemacht‘. Nur ein Beispiel: Bei einer Ausschreibung eines gemeinnützigen Wohnbauträgers ist die erste steirische Baufirma mit Eigenpersonal auf Platz 7 zu finden. Traurig, dass auch öffentliche Auftraggeber bei diesem legalen Lohndumping mitmachen.“

Die Folgen sind, dass der Wettbewerb unter den Betrieben und auch Beschäftigten ständig „schärfer“ wird. Zusätzliche

neue Betriebe mit billigen Arbeitskräften aus dem Ausland drängen auf den steirischen Markt. Die Folgen: Die Arbeitslosigkeit und das Lohn- und Sozialdumping steigen und öffentliche Gelder sowie die Wertschöpfung wandern ins Ausland ab.

Die neue Bundesregierung hat diese Problematik erkannt. Änderungen im Bundesvergabegesetz und weitere Maßnahmen bei der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sind im Arbeitsprogramm enthalten.

Bau-Holz Chef Muchitsch abschließend: „Eine ehestmögliche Evaluierung des Bundesvergabegesetzes – Stichwort Best- vor Billigstbieterprinzip – verschärfte Maßnahmen und Strafen gegen Lohn- und Sozialdumping, neue Ausschreibungsrichtlinien, welche Eigenpersonal, Lehrlingsausbildung, Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und keine Subvergaben vorsehen, müssen ehestmöglich umgesetzt werden! Nur so können wir aktiv die hohe Arbeitslosigkeit in Österreich bekämpfen.“

Dietmar Glatz verstorben!



Völlig unerwartet ist am 15.11.2013 Koll. Dietmar Glatz mit 57 Jahren verstorben.

Koll. Glatz war seit 2005 aktives Landesvorstandsmitglied der GBH Steiermark und 2009/2010 auch Mitglied des GBH-Bundesvorstandes.

Gewerkschaftlich tätig war Glatz bereits seit langem: Seit 1977 Gewerkschaftsmitglied, wurde er 1988 in den Betriebsrat der Fa. Mayr Melnhof gewählt, wo er seit 2005 auch Betriebsratsvorsitzender war.

Wir trauern mit seiner Familie!

Ankommen.
Entspannen.
Urlaub genießen!

Noch besser
informiert!
Mit den neuen Websites:
kirchberg-alpenhof.at
hotel-tauernblick.at



Foto: Schladming-Deschler/Forum

Impressum | Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Bau-Holz, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | Medieninhaber und Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | Offenlegung nach § 25 Mediengesetz unter: www.gbh.at/offenlegung | Fotos: GBH-Press-Trabi, photos.com | Redaktion: Thomas Trabi, M.A., Mag. Sonja Schmid, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, presse@gbh.at | Gesamtkonzeption: GBH-Press, Thomas Trabi, M.A. www.bau-holz.at

022031737 M

P. b. b. Erscheinungsort Wien

VERLAGSPOSTAMT 1230 WIEN

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort **HERZLICHEN DANK!**

DVR-Nr. 0046655 ZVR 576 439 352

F-05